

Nicht sein kann, was nicht sein darf? Die deutschen Exporterfolge sind echt – aber auch ein Problem

Wolfgang Filc

Der Präsident des Münchener ifo Instituts, *Hans-Werner Sinn*, ist immer gut für kernige Thesen. Aktuell macht er mit einer eigenwilligen Interpretation der Ursachen und Folgen von Überschüssen im deutschen Außenhandel von sich reden.¹ Er argwöhnt Schönfärberei. Weil es im wirtschaftlichen Jammertal Deutschland nichts Positives zu vermelden geben darf – Wachstumsschwäche und Massenarbeitslosigkeit können wahrlich nicht klein geredet werden – muss auch am Exporterfolg Deutschlands etwas faul sein. Und so macht er sich daran, die Denkfehler der von ihm gelegentlich so genannten „vermeintlichen Experten“ offen zu legen.

Deutschland Exportweltmeister? Mitnichten, statistisches Artefakt. Deutsche Exporterfolge Indiz hoher Wettbewerbsfähigkeit? Aber nein. Jede zusätzliche Maschine, die von Ausländern gekauft wird, ist Beleg schrumpfender internationaler Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Denn in Deutschland werden – laut *Sinn* – vor allem Teile zusammengebaut, die woanders billiger erzeugt werden (Basar-Ökonomie), weil die Lohnkosten in den europäischen Transformationsökonomien nur einen Bruchteil jener Deutschlands ausmachen, in den angrenzenden asiatischen Ländern noch einmal einen Bruchteil jener in den vorgenannten Ländern. Wie also rettet man Deutschland? Klar, durch Stärkung seiner internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Wie das geht? Durch Druck auf die Löhne, durch Lohnsenkungen. Das ergibt automatisch mehr Beschäftigung, Exporterfolge sind garantiert und stehen dann auch auf einer soliden Basis. Und der Rest der Welt schaut zu, wie Deutschland seine Arbeitslosigkeit exportiert. So einfach ist es, wenn man *Sinns* Thesen folgt. Aber die wirkliche Welt ist so einfach nicht.

Deutschland stand in den letzten drei Jahren am Rand der Rezession. Ohne den positiven Außenbeitrag wären wir mitten drin gewesen. Dass steigende Produktion mit höherem Einkommen und zunehmender Beschäftigung einhergeht, dürfte kaum bestritten werden. Deshalb ist es auch kein Zufall, dass mit verbesserter Exportperformance der deutschen Wirtschaft im letzten Drittel der 90er Jahre in Westdeutschland rund 1,5 Mio. Jobs geschaffen worden sind. Die deutschen Außenhandelsüberschüsse lassen sich nicht wegdiskutieren; sie beruhen auf unstrittigen saldenmechanischen Identitäten: Die Leistungsbilanz weist immer dann einen Überschuss auf, wenn der Wert der Produktion höher als die inländische Absorption durch Konsum und Investition ist. Aber niemand kann Ausländer zwingen, einen Überschuss der Produktion über die Binnennachfrage aufzunehmen und sich im Gegenwert zu verschulden. Hierzu muss es einen Anreiz geben. Bei gegebenen Qualitäten von Gütern ist hierfür ihr Preis ausschlaggebend, der wiederum maßgeblich von den Löhnen bestimmt wird – freilich nicht von Nominallohnsätzen oder Lohnkosten, wie *Sinn* anführt, sondern von Lohnstückkosten. Und dabei zeigt sich ein anderes Bild.

Sinn brandmarkt die seit Jahren anschwellenden Überschüsse im Außenhandel als Beleg schwindender Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Aber angenommen, die Bilanz des deutschen Außenhandels hätte 2003 nicht mit einem Überschuss von 130 Mrd. € abgeschlossen, sondern mit einem gleichwertigen Defizit. Wäre das Beleg hoher Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen gewesen? Man muss wahrlich kein großer Ökonom sein, um zu einem gegensätzlichen Urteil zu gelangen, denn die Konsequenzen einer Umkehrung

des deutschen Leistungsbilanzsaldos für Einkommen und Beschäftigung wären eindeutig negativ gewesen.

Für *Sinn* dagegen ist die Sache klar: Deutsche Unternehmen verlagern Produktion in Niedriglohnländer, die Einkommen und Arbeitsplätze gewinnen, während das Hochlohnland Deutschland verliert. Aber der Saldo von Vor- und Nachteilen der Globalisierung der Produktion wird unerbittlich in der Zahlungsbilanzstatistik erfasst. Das Ergebnis ist eindeutig: Die Deutschen sind auf der Gewinnerseite. Sie erzielen in Höhe des Leistungsbilanzüberschusses ein größeres Einkommen, gewinnen damit auch Jobs, verglichen mit einem Szenario der Autarkie.

Dabei ist es belanglos, ob Deutschland Platz eins oder drei in der Rangliste der Exportnationen einnimmt. Auch der Einwand, die hohen Außenhandelsüberschüsse seien nur auf den seit 2001 stark gestiegenen Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar zurückzuführen, sticht nicht. Selbstverständlich spielen Devisenkurse für Salden im Außenwirtschaftsverkehr eine Rolle. Aber welcher Euro-Kurs ist angemessen? 0,82 US-\$, wie im Oktober 2000, 1,13 US-\$, wie 2003 oder fast 1,30 US-\$, wie im März 2004? Sicher, bei einer Aufwertung des Euro sinkt die Im-

¹ Vgl. *Sinn, H.-W. (2003): Ist Deutschland noch zu retten?*, München, S. 67 ff. – *Sinn, H.-W., Auf dem Weg in die Basar-Ökonomie*, in: *Financial Times Deutschland*, 21. April 2004, S. 32

Wolfgang Filc, Prof. Dr., Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Geld, Kredit, Währung, Universität Trier.
e-mail: filc@uni-trier.de

portrechnung, gegebene Importmengen vorausgesetzt. Aber für den rapide gestiegenen Außenhandelsüberschuss Deutschlands ist die Zunahme des Außenwerts des Euros der letzten Monate keine dominante Größe, weil 70 % des deutschen Imports in Euro fakturiert werden. Nehmen wir es hin, wie es ist: Kein Land der Welt hat einen höheren Pro-Kopf-Außenhandelsüberschuss als Deutschland, egal zu welchen Dollarkursen gerechnet wird. Das muss etwas zu tun haben mit der internationalen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte, jedoch anders, als *Sinn* das sieht.

Sinn ist auf die Niedriglohnkonkurrenz der mittel- und osteuropäischen Reformländer fixiert. Er übersieht dabei zweierlei. Erstens den deutschen Außenhandelsüberschuss mit steigender Tendenz gegenüber dieser Ländergruppe. Zweitens, dass im vergangenen Jahr 90 % des deutschen Überschusses im Warenhandel mit Industrieländern erzielt wurden, davon 80 % mit EU-Ländern. Das passt nicht zu der von *Sinn* behaupteten unzureichenden Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte – vor allem nicht gegenüber Industrieländern.

Es ist wohl eher so, dass deutsche Unternehmen die Verlagerung von Produktion in Niedriglohnländer mit einem Export von Sachkapital begleiten. Das kommt dem Produktionsergebnis in Deutschland zugute und führt zu einem Handelsbilanzdefizit der Empfängerländer. Davon profitieren beide Seiten. Die Reformländer modernisieren ihren Kapitalstock. Deutsche Unternehmen haben den Vorteil billigerer Vorprodukte, die hierzulande zu den gegebenen Kosten – auch Arbeitskosten – zur Endfertigung von Gütern verwendet werden, die weltweit Abnehmer finden. Warum? Weil die preisliche Wettbewerbsfähig-

keit der deutschen Wirtschaft erheblich und kontinuierlich gewachsen ist, einmal als Folge billigerer Vorleistungsimporte, vor allem aber, weil die Lohnstückkosten seit Mitte der 90er Jahre in Deutschland weniger gestiegen sind als in allen anderen Industrieländern, mit Ausnahme Japans.

Hinter dem Projekt der Einheitswährung für Europa stand auch das deutsche Interesse, dass Lohnzurückhaltung mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu sichern, nicht immer wieder von Aufwertungsschüben der D-Mark zunichte gemacht wird. Auf der Basis nationaler Währungen waren die Lohnstückkosten in Deutschland von 1960 bis 1996 um den Faktor 3,7 gestiegen, in Frankreich um 7,7, in Italien um 19,7, in Spanien um 22,5. Auf ECU-Basis, also bei Berücksichtigung von Leitkursanpassungen im Europäischen Währungssystem (EWS), blieb von der Lohnzurückhaltung in Deutschland nichts mehr übrig. Der Steigerungsfaktor der Lohnstückkosten belief sich in dem genannten Zeitraum für Deutschland auf 8,8, für Frankreich auf 6,2, für Italien auf 6,1, für Spanien auf 8,9.² Der Übergang zum Euro sollte diesen Verzerrungen ein Ende bereiten.

Es war anzunehmen, dass eine einheitliche Währung in Europa auch stabilitätspolitische Vernunft bei Lohnabschlüssen in ihren Teilnehmerländern bewirken würde – nicht zu viel, nicht zu wenig, angemessen eben. So war im Vorfeld der Währungsunion (EWWU) eine Annäherung der Entwicklung der Lohnstückkosten in allen Ländern der EU an jene in Deutschland zu verzeichnen. Aber der Rückschnitt von Zinssätzen in einigen Ländern des jetzt einheitlichen Währungsraums von zuvor zweistelligen Werten auf das deutsche

Niveau löste dort einen wirtschaftlichen Boom aus, der einen kräftigen Auftrieb der Lohnstückkosten bewirkte. Deshalb nahmen die Inflationsdifferenzen innerhalb der EWWU zu. Deutschland laviert seit Jahren am Rande der Deflation, während in einigen anderen Ländern der EWWU Inflationsraten von 3 bis 4 % zu verzeichnen sind.

Im dritten Quartal 2003 waren gegenüber 1995 die Lohnstückkosten in Deutschland (Arbeitnehmerentgelt in Relation zum realen BIP) gerade einmal um 2 % gestiegen, in der EWWU um 12 %, darunter in Italien um 21 %, in den Niederlanden um 28 %, in Spanien um 32 %.³ Waren vor der Währungsunion kaum vorhersehbare Wechselkursanpassungen im EWS ein Störfaktor für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen verschiedener nationaler Währungsräume, so ist es seitdem die unterschiedliche Entwicklung der Lohnstückkosten im einheitlichen Währungsraum. Das Ergebnis zeigt sich in den Handelsbilanzen der EWWU-Länder. Im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 1990 bis 1994 hat sich der Handelsbilanzüberschuss Deutschlands gegenüber den anderen Teilnehmerländern der EWWU bis 2003 auf 66 Mrd. € vervierfacht. Deutschland konkurriert mit seinem Spardiktat bei den Löhnen die Partnerländer der Währungsunion an die Wand. Das kann zu einem Sprengsatz für die Währungsunion werden.

2 Quelle: *Weimer, W.*(1998): Deutsche Wirtschaftsgeschichte: Von der Währungsreform bis zum Euro, Hamburg, S. 462

3 Quelle: DIW

Sozio-ökonomische Berichterstattung in der Diskussion

Peter Bartelheimer

Sozialberichterstattung ist nach einer klassisch gewordenen Definition „Dauerbeobachtung des sozialen Wandels“. „Ihr Ziel ist es, über gesellschaftliche Strukturen und Prozesse sowie über die Voraussetzungen und Konsequenzen gesellschaftspolitischer Maßnahmen regelmäßig, rechtzeitig, systematisch und autonom zu informieren.“ Sie soll die Wirtschaftsberichterstattung ergänzen und verändern: „ergänzen um die Analyse der einzelnen Lebens- und Politikbereiche, die unmittelbar für die Lebensbedingungen der Bürger relevant sind“, und „verändern durch eine Perspektive, in der Wachstumsraten und ökonomische Effizienz nicht mehr die dominierenden Ziele sind, sondern nurmehr neben anderen gesellschaftspolitischen Zielen stehen“ (Zapf 1978, S. 11 f.). Ändern sich viele ökonomische und soziale Gegebenheiten gleichzeitig, so muss sich Sozialberichterstattung neu über ihre Konzepte und Methoden verständigen. Wie also kann Sozialberichterstattung heute zum Verstehen des Umbruchs beitragen, in dem sich die deutsche Gesellschaft befindet?

Eine Antwort darauf versucht derzeit ein vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördertes sozialwissenschaftliches Verbundvorhaben¹, das hier zusammen mit kritischen Einlassungen aus der Diskussion mit dem wissenschaftlichen Projektbeirat² und der Fachöffentlichkeit³ vorgestellt wird. Für das BMBF steht dieses Projekt im Zusammenhang mit einer Forschungspolitik des Bundes, die „bessere Daten für eine bessere Politik“ schaffen soll. Mit der Einrichtung von Forschungsdatenzentren beim Statistischen Bundesamt und anderen großen Datenhaltern, der Förderung von Scientific Use Files amtlicher Erhebungen und der Gründung eines Rats für Wirtschafts- und Sozialdaten will das Referat „Wissenschaft und Gesellschaft“ des BMBF die Datenbasis für die Gesellschaftswissenschaften verbessern. Doch bedürfen „wohlgeordnete Datensammlungen immer auch der Deutung. Es ist eine integrierte Wissensbasis erforderlich, um der Komplexität angemessene Handlungsoptionen und Lösungswege in Richtung einer sozial, öko-

logisch und ökonomisch nachhaltigen Entwicklung erarbeiten zu können.“ (Reinhard Junker, Abteilungsleiter im BMBF).

Umbruch des Produktions- und Sozialmodells

Dem sozio-ökonomischen Berichtsansatz liegt die Annahme zugrunde, dass gesellschaftliche Entwicklung sowohl durch ökonomische Motive von Unternehmen als auch von Bedürfnissen und Lebenszielen der Menschen vorangetrieben wird. Gesellschaftliche Arbeit (Eigenarbeit wie Erwerbsarbeit) vermittelt zwischen der Ökonomie und den Lebensweisen von Individuen und Haushalten. Das (west-)deutsche „fordistische“ Produktions- und Sozialmodell der Nachkriegsjahrzehnte bildete einen ebenso dynamischen wie robusten Zusammenhang zwischen industrieller Massenproduktion, geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung in der Normalfamilie mit einem männlichen (Haupt-)verdiener, einem sozial geschützten Normalarbeitsverhältnis für Männer bei niedriger Frauenerwerbsquote und sozialer Nivellierung nach oben. Flankiert wurde dieses Modell von stabilen industriellen Beziehungen und einer starken Rolle von Staat und Verbänden bei der Regulierung von Arbeit wie bei der Umverteilung von Markteinkommen. Der Umbruch dieser historischen Ausgangskonstellation begann in den 70er Jahren. Die Veränderungen von Arbeit und Lebensweisen lassen bis heute kein neues sozio-ökonomisches Entwicklungsmodell von ähnlicher ökonomischer und sozialer Dynamik erkennen. Diskontinuität in vielen gesellschaftlichen Bereichen und Störungen im Zusammenwirken der „Wohlfahrtsproduzenten“ Markt, Staat, private Haushalte und intermediäre Instanzen sind an der Tagesordnung.

Dient die historische Rekonstruktion des deutschen Produktions- und Sozialmodells dazu, das Ausmaß gesellschaftlicher Diskontinuität deutlich zu machen, sucht die sozio-ökonomische Berichterstattung in kritischer Orientierung an der Sozialagenda der Europäischen Union konsensfähige normative Orientierungs-

punkte für die Bewertung dieser Veränderungen. Während der neoliberale Diskurs die einseitige Anpassung der Gesellschaft an die Gebote einer globalisierten Ökonomie fordert und bestimmte wirtschaftswissenschaftliche Theoreme als quasi naturgesetzlich dem gesellschaftlichen Streit zu entrücken sucht, anerkennt die von der Europäischen Union beschlossene „Lissabon-Strategie“ der „Modernisierung und Verbesserung des Europäischen Sozialmodells“ immerhin, dass ökonomische Dynamik gesellschaftlich eingebettet sein muss. Wirtschaftliches Wachstum, soziale Sicherung und arbeitspolitische Regulierungen müssen einander nicht behindern, sondern können positive Wechselwirkungen eingehen. Somit könnten gerade die entwickelten europäischen Sozialstaaten dazu beitragen, die Europäische Union „zum wettbewerbsfähigsten und dyna-

1 Forschungsverbund „Sozio-ökonomische Berichterstattung – Arbeit und Lebensweisen“. Zum Verbund gehören: Soziologisches Forschungsinstitut, Göttingen (SOFI), Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg (IAB), Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung, München (ISF), Internationales Institut für empirische Sozialökonomie, Stadtbergen (INIFES). Sprecher des Institutsverbunds ist Martin Baetghe (SOFI).

2 Dem wissenschaftlichen Beirat, der die Berichterstattung zur sozio-ökonomischen Entwicklung seit August 2000 begleitete, gehörten Prof. Dr. Jutta Allmendinger (bis Ende 2002), Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach, Prof. Dr. Franz Xaver Kaufmann, Prof. Dr. Jürgen Kocka, Prof. Dr. Ursula Rabekleberg und Prof. Dr. Manfred G. Schmidt an.

3 Am 18. Februar 2004 wurde auf einer Fachtagung in Berlin eine vorläufige Fassung des ersten Berichts vorgestellt und mit TeilnehmerInnen aus Wissenschaft, Verwaltung, Verbänden und Politik diskutiert. Zitate in diesem Bericht stammen, sofern nicht anders angegeben, aus unveröffentlichten Beiträgen zu dieser Tagung.

Peter Bartelheimer, Dr., Soziologisches Forschungsinstitut (SOFI) an der Georg-August-Universität Göttingen.
e-mail: pbartel@gwdg.de

mischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen“ (Rat der Europäischen Union 2001). Die erklärten Ziele der Sozialagenda, wie die Erhöhung der Erwerbsquoten und Arbeitsmarktbeteiligung benachteiligter Gruppen, die Sicherung des sozialen Zusammenhalts durch ein hohes Niveau des Sozialschutzes, die Vermeidung sozialer Ausgrenzung und Armut und die verbesserte Partizipation an Bildung und Wissen sind zwar nicht unkritisch für bare politische Münze zu nehmen; sie stehen jedoch für ein Sozialmodell, das ökonomische Leistung an soziale Ziele rückbindet.⁴

„Genre besonderer Art“

Das Verbundvorhaben soll andere Berichtssysteme nicht ersetzen, sondern „fragmentiertes Wissen zusammenfügen“ (Franz Xaver Kaufmann). Der in Kürze der Öffentlichkeit zugängliche erste Bericht⁵ geht von der redaktionellen Maxime aus, dass gerade in einer gesellschaftlichen Umbruchsituation Daten nicht für sich sprechen. Welche Daten man erhebt, hat erheblichen Einfluss auf die Situationsdeutung, und wie Kennzahlen bewertet werden sollen, ist oft strittig. Daher sollen Daten nicht nur präsentiert, sondern auch gedeutet werden, und dies in einer Form, die für eine interessierte Öffentlichkeit verständlich ist. Die schwierige Balance zwischen Daten und Deutung sucht der Bericht durch einen „mehrstufigen“ Aufbau zu halten: In der ersten Abteilung geht es um Konzepte und Befunde, die eine Gesamt-sicht der sozio-ökonomischen Entwicklung ermöglichen. Hier werden auch Querschnittsthemen – die demografische Entwicklung, die Veränderung der Geschlechterbeziehungen sowie die „doppelte“ Umbruchsituation Ostdeutschlands – be-

handelt. In der zweiten Abteilung des Berichts deutet jedes der fünf „Themenfelder“ – Teilhabe, Gefährdung und Ausgrenzung, Flexibilisierung und Subjektivierung der Arbeit, Informelle Tätigkeiten und Lebensweisen, Bildung und soziale Strukturierung sowie Informatisierung – die gesellschaftliche Umbruchssituation aus einer eigenen theoretischen Perspektive und leitet hieraus Datenanforderungen ab. Die dritte Abteilung soll dagegen klar begrenzte gesellschaftliche „Berichtsgegenstände“, zu denen Informationslücken bestehen, durch neue Datenzugänge oder Beobachtungskonzepte besser für die empirische Beob-

achtung erschließen. Die Präsentation von Daten steht hier im Vordergrund.

Aus diesem Versuch einer theoriegeleiteten und problemorientierten Sozialberichterstattung ist ein „Genre besonderer Art“ entstanden, so Jürgen Kocka für den wissenschaftlichen Beirat: „Mehr theoretische Konzepte bedeuten auch mehr bestreitbare Positionen und eine entschiedenerere Themenauswahl.“ So sehe der Bericht die Gefahr der aktuellen Umbruchsituation eher in einem Kapitalismus, der sich sozialer Einbindung entzieht, als in einer nachlassenden Dynamik wirtschaftlicher Entwicklung. Wie Kocka kritisch anmerkt, sucht man manche Basisinformation im Bericht vergeblich, die Daten erhält man nur in aufbereiteter Form. Der Versuch, mit der Hypothese des gesellschaftlichen Umbruchs einen historisch vergleichenden Zugriff zu gewinnen, ist nicht für alle Teile des Berichts gleich produktiv. Der Bericht bietet nur wenige Daten für den Vergleichszeitraum der 50er bis 70er Jahre, und nicht alle stützen die These, dass die 70er Jahre für die sozio-ökonomische Entwicklung einen Wendepunkt bilden.

Arbeit, Zeit, Internet und Lebensweise

Erwerbsarbeit ist „nicht mehr normal, immer noch zentral“ – so lassen sich die Befunde des Berichts zu Veränderungen der deutschen Arbeitsgesellschaft resümieren (Lutz Bellmann, IAB). Der Umfang der arbeitsmarktorientierten Bevölkerung hat in Westdeutschland langfristig zugenommen, in Ostdeutschland nach dem Systemwechsel leicht abgenommen. Doch bei abnehmender Ausschöpfung dieses insgesamt gewachsenen Erwerbspersonenpotenzials und zunehmend riskanter Verteilung von Erwerbchancen entsteht eine breite Zone teilweiser Arbeitsmarktintegration mit einer Vielzahl von Erwerbsformen, Erwerbsverläufen und Erwerbskonstellationen des Haushalts, die nicht den Normalitätsannahmen des alten westdeutschen Produktions- und Sozialmodells entsprechen. Zugleich gilt die alte Normalität für eine abnehmende, überwiegend männliche, Mehrheit der Beschäftigten weiter, so dass kein neues, allgemein gültiges Zusammenspiel von Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik gelingt. Die beschäftigungsorientierte soziale Sicherung spaltet sich in eine Zone der Sozialversicherung und eine Zone der Arbeitsfürsorge auf.

Auch die Bedingungen der betrieblichen Organisation und Nutzung von Arbeitskraft ändern sich. Eine wachsende Gruppe von Beschäftigten zahlt für Spielräume selbst organisierten Arbeitens mit einer „Entgrenzung“ arbeitsgebundener und freier Zeit und erhöhten Anforderungen an die subjektive Vereinbarkeit von Arbeit und Leben. Eine nach wie vor große Gruppe von Beschäftigten muss ähnliche Anforderungen größerer Flexibilität bei wenig herausfordernder Arbeitsorganisation und ohne Gestaltungsspielräume in der Arbeit bewältigen.

Als eine Besonderheit des deutschen „mittleren Wegs“ könnte man die absolute Zunahme und gleichzeitige relative Abnahme von Beschäftigung im Normalarbeitsverhältnis begreifen (Manfred G. Schmidt). Eine Erweiterung der sozio-ökonomischen Berichterstattung hin zum internationalen Vergleich ist dringend geboten. Aber es gibt auch Anforderungen an die Praktiker: Peter Haase (Geschäftsführer der Volkswagen Coaching GmbH) sieht auf Basis der vorliegenden Befunde die Betriebe gefordert, auf die gesellschaftliche Aufwertung von Subjektivität zu reagieren. Vernünftige und flexible Regelungen zur Entstandardsierung der Arbeitszeit sollen sich am „workholder value“ orientieren und „einen Schwankungsbereich gestalten, der noch keine Ängste auslöst“.

„Entgrenzte Zeiten, entgrenzte Räume für Arbeit und Leben“ – unter diese Überschrift können Berichtsarbeiten zu Arbeitszeitstrukturen und zur Internetnutzung gestellt werden (Nick Kratzer, ISF). Das alte Muster zeitlich und räumlich getrennter Arbeits- und Lebensbereiche löst sich auf. Dabei gibt es nicht mehr „die“ Arbeitszeit, die man je nach politischer Couleur verlängern oder verkürzen könnte. Während die Beschäftigung mit „normgeprägten“ Arbeitszeiten zwischen 30 und 40 Stunden abnimmt, wächst auf der einen

4 Ein ähnliches Ziel, nämlich wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialen Zusammenhalt und ökologische Nachhaltigkeit auszubalancieren, verfolgte auch die Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung (1998) mit ihren Überlegungen zu einem „neuen ‚Modell Deutschland‘“.

5 Die Buchfassung des „ersten Berichts zur sozio-ökonomischen Berichterstattung – Arbeit und Lebensweisen (SOFI 2004) erscheint zur Jahresmitte im VS Verlag für Sozialwissenschaften. Sie soll eine Daten-CD mit z.T. umfangreichen Tabellenanhängen zu den einzelnen Kapiteln enthalten.

Seite der „unerwünschte Zeitwohlstand“ solcher – vor allem weiblicher – Beschäftigter mit Arbeitszeiten unter 30 Wochenstunden, die gern länger arbeiten würden, und auf der anderen Seite die „ambivalente Zeitsouveränität“ von vorwiegend höher qualifizierten Beschäftigten, deren tatsächliche Arbeitszeit weit über der vertraglich geregelten liegt. Zugleich bringt der „soziale Handlungsraum“ des Internets, das sowohl beruflich als auch privat genutzt werden kann, neue Verschränkungen von Arbeit und Leben hervor (flexible Telearbeit). Die im Bericht ausgewerteten Zeitbudgets sind allerdings nur eine erste Annäherung an Zeitmuster (*Ursula Rabe-Kleberg*) und führen zu weiteren Fragen: Warum sind Beschäftigte mit einer tatsächlichen Arbeitszeit zwischen 30 und 40 Stunden zufriedener als andere? Um welche Beschäftigte und welche Art der Arbeit handelt es sich? (*Christine Pries*, Wissenschaftsredakteurin der „Frankfurter Rundschau“.)

Das Berichtskonzept Lebensweisen geht davon aus, dass Individuen eigensinnige Bedürfnisse und Lebensziele entwickeln (*Tatjana Fuchs*, INIFES). Die Ökonomie kann für ihre Realisierung Ressourcen bereitstellen oder verweigern. Umgekehrt können Veränderungen der Lebensweisen Anpassungen des ökonomischen Systems auslösen. Da verschiedene soziale Gruppen über unterschiedliche Ressourcen und Spielräume für die Realisierung ihrer Lebensweisen verfügen, werden diese nicht nur bunter und vielfältiger, sondern auch ungleicher. Soziale Gefährdung schlägt in Ausgrenzung um, wenn Personen oder Gruppen dauerhaft von der Teilhabe an einer gesellschaftlich üblichen Lebensweise ausgeschlossen sind, die sie anstreben. Handlungsspielräume für die Veränderung von Lebensweisen und deren Grenzen bilden ein zentrales Thema des Berichts. So betreten junge Frauen den Arbeitsmarkt mit besseren Qualifikationen als junge Männer, müssen sich aber schärfer als diese zwischen einer ihrer Qualifikation angemessenen Teilhabe am Arbeitsmarkt und ihrem Kinderwunsch entscheiden. Familien mit Kindern erreichen nur dann durchschnittliche Nettoeinkommenspositionen, wenn beide Elternteile vollzeitnah oder in einer Kombination von Vollzeit und „großer“ Teilzeit arbeiten. Und bei partnerschaftlicher Teilhabe am Erwerbsleben wird die Versorgungsarbeit im Haushalt zwischen den Geschlechtern am egalitärsten geteilt. Jedoch ist diese Erwerbskon-

stellation, bei der beide Eltern mindestens vollzeitnah beschäftigt sind, heute in Westdeutschland seltener als in den 80er Jahren. In Ostdeutschland ist dieses Arrangement immer noch die verbreitetste Form der Elternschaft, jedoch stark rückläufig. Bedingung für diese partnerschaftliche Erwerbsbeteiligung ist eine Kombination von institutionellen und informellen Leistungen der Kinderbetreuung.

Für *Friedhelm Hengsbach* ist Lebensweise „eine Funktion politischer Entscheidungen, die geprägt sind vom Machtverlust der kollektiven Akteure des Arbeitsschutzes“ und „eine Funktion fremdbestimmter, erwerbsarbeitsgebundener Zeit im Überlebenskampf“. Anders *Andrea Fischer* (Bundesministerin a.D.): Die „starke These“ des Berichts vom „Eigensinn der Lebensweise“ verlangt „von der Politik eine Entscheidung über das Ausmaß ihres Gestaltungsanspruchs“. In den Begriffen des Versorgungs- und Handlungsspielraums sieht sie eine Alternative zum gegenwärtigen „Aktivierungsdiskurs“ in der Sozialpolitik. Sehr zu bedenken sei die „sekundäre“ Form der Erwerbsbeteiligung, die der Bericht vor allem, aber nicht nur, in Ostdeutschland ausmacht: „Instrumente der Arbeitsförderung werden auf Menschen angewendet, die am Arbeitsmarkt keine Perspektive haben. Jetzt wäre die Zeit reif für eine Grundeinkommensdiskussion.“

„Nicht das Rad neu erfinden, neue Reifen aufziehen“

Die Umbruchhypothese hat methodische Konsequenzen für die „gesellschaftliche Dauerbeobachtung“ „Lebensqualität“, lange der Leitbegriff der Sozialberichterstattung, war „das Synonym für den Gebrauch all jener Errungenschaften, die uns eine funktionierende Wirtschaft bereithält für ein menschenwürdiges Leben in der Industriegesellschaft“ (Reinhold 2000, S. 400). Die Unsicherheit über den Ertrag der wirtschaftlichen Entwicklung für die Menschen ist eher noch bohrender geworden. Aber inzwischen ist auch nicht mehr sicher, ob die Wirtschaft funktioniert und ob wir überhaupt noch in einer Industriegesellschaft leben. Bei der Beobachtung des sozio-ökonomischen Umbruchs kann sich Berichterstattung daher nicht auf „Outcomes“ oder „Güterverwendung“ – also Ergebnisse wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung für die Wohlfahrt

der Individuen – beschränken. Sie muss sich mit der „Entstehungsseite“ von Lebensstandard, Wohlfahrt und Teilhabe beschäftigen und die Beiträge verschiedener „Wohlfahrtsproduzenten“, also die „Inputs“ von Ökonomie und Markt wie des Sozialstaats und des Institutionensystems einbeziehen. Verschiedene Analyseebenen, vom Individuum bis zu den ost- und westdeutschen Teilgesellschaften, sind miteinander zu verknüpfen, wobei komplexere Beobachtungseinheiten wie der Haushalt, der Lebensverlauf und der Betrieb an Bedeutung gewinnen. Daten- und Methodenpluralismus sind eine Folge des erweiterten Berichtsansatzes: So wertet der vorliegende Bericht zehn verschiedene Mikrodatensätze sekundäranalytisch aus, vom Sozio-ökonomischen Panel des DIW über den Mikrozensus bis zur Beschäftigten-Leistungsempfänger-Historik des IAB. Und in der weiteren Berichterstattung wird daran zu arbeiten sein, wie sich Verlaufsdaten-, multivariate und deskriptiv-statistische Analysen mit der Beobachtung politischer Regulation, Wirkungen sozialstaatlicher Leistungen und qualitativen Forschungsergebnissen noch besser integrieren lassen. An den Indikatorenvorschlägen des Berichts zur Erwerbsbeteiligung, zum Migrationshintergrund und zur Internetnutzung zeigt sich beispielhaft, wie gesellschaftliche Veränderungen etablierte Kennzahlen entwerfen, neue Beobachtungskonzepte erforderlich machen und zu neuen Anforderungen an die Dateninfrastruktur führen.

Sozio-ökonomische Berichterstattung soll „eine bessere Datenstruktur und eine bessere Dateninterpretation im Horizont bestimmter Deutungen“ schaffen. *Franz Xaver Kaufmann* fragt hierzu, ob an die Stelle des „Fordismus“-Konzepts, das für diesen ersten Bericht „von heuristischem Wert“ gewesen sei, für die weitere Berichterstattung auch eine andere Heuristik treten könne: „Im Wandel des Modells wächst die Spannung zwischen Markt und Staat, zwischen Leistungs- und Bedarfsgerechtigkeit. Die normative Orientierung der Berichterstattung ist komplexer und konfliktreicher zu gestalten.“

Zwischen dem vorliegenden Bericht und neueren Arbeiten der Sozialberichterstattung, etwa zur Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland (*Zapf/Habich* 1996), gibt es Gemeinsamkeiten und Unterschiede, so *Wolfgang Zapf*. Der im Entwurf vorliegende erste Bericht zeige: „Sie

haben nicht das Rad neu erfunden, sondern eine neue Winterbereifung aufgezogen.“ Die Beschränkung der Sozialberichterstattung auf „Outcomes“ sei kein Dogma und nicht im Konzept der Lebensqualität angelegt. „Aber Outcomes sind nach wie vor der Witz der Sozialberichterstattung.“

Die Arbeit der Anwendung

Berichtssysteme setzen Anwender voraus – also eine politische Öffentlichkeit, die sich für Deutungen der gesellschaftlichen Situa-

tion interessiert, Träger und Auftraggeber spezialisierter Berichtssysteme, die ein auf Daten oder Berichtsgegenstände bezogenes Kooperationsinteresse haben, und Datenhalter der amtlichen und wissenschaftlichen Statistik, die ihre Datenbestände besser genutzt und für wissenschaftliche Analysen erschlossen sehen wollen. Auch wenn der hier vorgestellte Berichtsansatz keine Prognosefähigkeit und keine kausale Erklärungskraft beansprucht, soll seine weitere Entwicklung im Ergebnistransfer und im Dialog mit anderen Berichtssystemen und Datenhaltern erörtert werden.

Neben der Aufnahme neuer Berichtsgegenstände in die deutsche Berichterstattung und der noch intensiveren Nutzung der verfügbaren Mikrodatsätze zählt zum „Pflichtenheft“ für einen zweiten Bericht unstrittig der Versuch, wenigstens einen Kernbereich EU-weit vergleichbarer Daten und Indikatoren zu definieren, um das Nebeneinander verschiedener Produktions- und Sozialmodelle in einer erweiterten Europäischen Union mikroanalytisch beobachten und beschreiben zu können.

LITERATUR

Rat der Europäischen Union (2001): Europäische Sozialagenda (auf der Tagung des europäischen Rates in Nizza am 7., 8. und 9. Dezember 2000 angenommen), Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften vom 30.5., C 157, S. 4–12

Reinhold, G. (Hrsg.) (2000): Soziologie-Lexikon (u. Mitarbeit von Lamnek, S.; Recker, H.), 4. Auflage, München

SOFI, IAB; INIFES, ISF (Hrsg.): Berichterstattung zur sozio-ökonomischen Entwicklung, Arbeit und Lebensweisen, Wiesbaden (im Erscheinen)

Zapf, W. (1978): Einleitung in das SPES-Indikatorensystem; in: Zapf, W. (Hrsg.): Lebensbedingungen in der Bundesrepublik, Sozialer Wandel und Wohlfahrtsentwicklung, Frankfurt am Main, New York, S. 11–27

Zapf, W., Habich, R. (Hrsg.) (1996): Sozialstruktur, sozialer Wandel und Lebensqualität, Berlin

Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung (1998): Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit, Drei Ziele – ein Weg, Bonn